

VOLKSWIRTSCHAFT KOMPAKT

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR · Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik
Verantwortlich: Dr. Andreas Bley · Schellingstraße 4 · 10785 Berlin · Telefon: 030 2021-15 00 · Telefax 030 2021-1904
Internet: <http://www.bvr.de> · E-Mail: volkswirtschaft@bvr.de

Produktivitätswachstum durch mehr Wettbewerb stärken

Seit den frühen 1970er Jahren hat sich in Deutschland und vielen anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften das Produktivitätswachstum verlangsamt. Dies ist problematisch, da die Produktivitätsentwicklung langfristig der entscheidende Faktor für den materiellen Wohlstand der Bürger eines Landes ist. Zahlreiche Analysen sind der Frage nachgegangen, warum das Wachstum an Dynamik verloren hat. Als Gründe werden unter anderem Messprobleme, ein Mangel an neuen Ideen, Verzögerungen beim Aufgreifen neuer Technologien und die Alterung der Gesellschaft genannt.

Die Diskussion über die Ursachen der abnehmenden Produktivitätszuwächse wird in jüngeren Analysen zuweilen um einen weiteren Aspekt ergänzt: die Margenzunahme einiger Unternehmen, die mit einer nachlassenden Wettbewerbsintensität einhergehen kann. Anhaltspunkte, die für eine stärkere Konzentration sprechen, gibt es besonders in Hinblick auf die Vereinigten Staaten, in abgeschwächter Form aber auch für Europa.

Vor diesem Hintergrund sind die mit der Wettbewerbspolitik betrauten Behörden weltweit gefordert, wachsam zu bleiben und gegebenenfalls Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs zu ergreifen. Mehr Wettbewerb scheint auch in Hinblick auf einige international tätige Digitalunternehmen (BigTechs) geboten zu sein, wie Beispiele aus den Bereichen Onlinehandel und Zahlungsverkehr verdeutlichen. Um Eintrittsbarrieren neuer Anbieter zu vermindern, sollten für beherrschende Plattformen – unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Erfahrungen – verschärfte Verpflichtungen zur Zusammenarbeit und zum Datenaustausch vorgesehen werden.



Inhalt

Produktivitätswachstum durch mehr Wettbewerb stärken	2
Dr. Gerit Vogt E-Mail: g.vogt@bvr.de	
Finanzmärkte	6
Dr. Andreas Bley E-Mail: a.bley@bvr.de	
Konjunktur	7
Dr. Gerit Vogt E-Mail: g.vogt@bvr.de	

Produktivitätswachstum durch mehr Wettbewerb stärken

Problematische Abschwächung der Produktivitätsentwicklung

Seit den frühen 1970er Jahren hat sich in Deutschland und vielen anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften das Produktivitätswachstum verlangsamt. Dies lässt sich unter anderem an der Arbeitsproduktivität zeigen, welche das Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis zu den geleisteten Arbeitsstunden setzt (siehe Abb. 1). So ist die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts je Arbeitsstunde hierzulande von durchschnittlich 3,7 % in den 1970er Jahren auf zuletzt 0,8 % in den 2010er Jahren gesunken. In Japan verlangsamte sich zeitgleich der Produktivitätszuwachs in ähnlicher Größenordnung von 4,0 % auf 0,8 %. Auch in den Vereinigten Staaten ist vom langfristigen Trend her ein rückläufiger Verlauf zu sehen. Zwar konnte hier in den 2000er Jahren mit 1,9 % ein gegenüber den vorhergehenden Dekaden erhöhtes Produktivitätswachstum erzielt werden, unter anderem wegen des kaum beschäftigungsschaffenden Aufschwungs nach der Rezession von 2001. In den 2010er Jahren sank das Wachstum jedoch merklich auf 0,6 %.

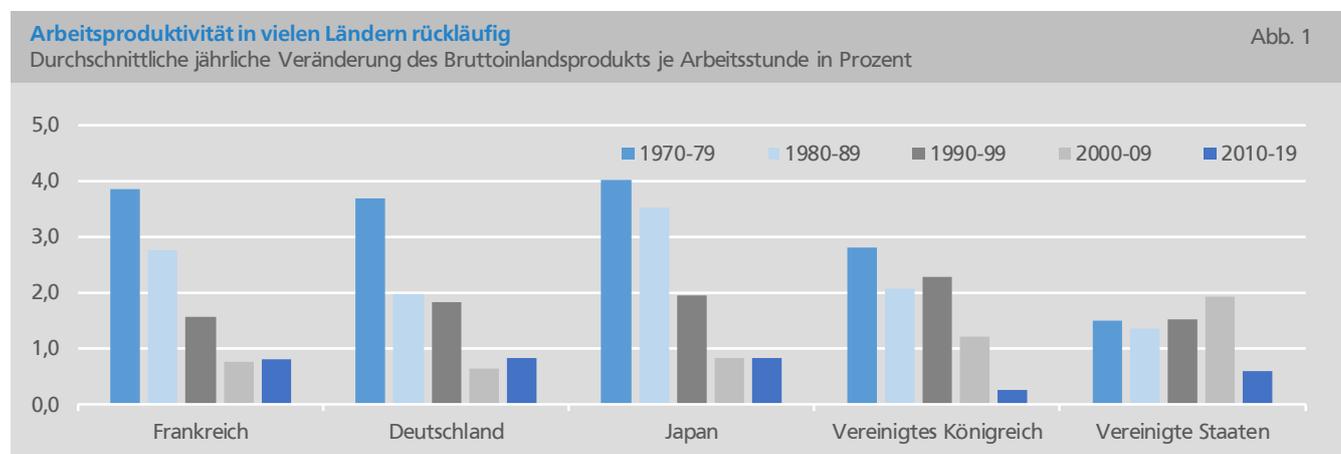
Die beobachtbare Verlangsamung des Produktivitätswachstums scheint paradox, da seit den 1970er Jahren technologische Neuerungen allgegenwärtig sind, wie die Verbreitung von Computern und Mobiltelefonen sowie der verstärkte Einsatz von Robotern. Auch in der jüngeren Vergangenheit wäre angesichts der zunehmenden Digitalisierung des gesellschaftlichen und

wirtschaftlichen Lebens beim Produktivitätswachstum eher eine Beschleunigung als eine Verlangsamung zu erwarten gewesen.

Aus makroökonomischer Sicht ist das rückläufige Produktivitätswachstum problematisch, da die Produktivitätsentwicklung langfristig der entscheidende Faktor für den materiellen Wohlstand der Bürger eines Landes ist. Gemäß der neoklassischen Wachstumstheorie, die durch den US-Ökonomen Robert Solow und seinem australischen Kollegen Trevor W. Swan in den 1950er Jahren begründet wurde, lässt sich die gesamtwirtschaftliche Produktion und damit der Wohlstand einer Nation nämlich durch den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie des arbeitssparenden technologischen Fortschritts erklären. Demnach kann ein langfristiges Wachstum der Pro-Kopf-Produktion nicht etwa durch eine Zunahme des Arbeitsvolumens oder durch eine Erhöhung der Sparneigung – die zu einem steigenden Kapitalbestand führt – erreicht werden, sondern alleine durch Produktivitätssteigerungen.

Verschiedene Gründe für die nachlassende Dynamik

Zahlreiche Analysen sind in den vergangenen Jahrzehnten der Frage nachgegangen, warum das Produktivitätswachstum an Dynamik verloren hat. Diese Analysen arbeiten in der Regel nicht nur eine Ursache, sondern verschiedene Aspekte heraus, die zur Erklärung des Phänomens beitragen können. In vielen Arbeiten werden Messprobleme als ein möglicher Grund für die



Quelle: OECD, BVR

Wachstumsverlangsamung gesehen. Wenn beispielsweise der technologische Fortschritt dazu führt, dass mehr Computer gebaut werden, dann kann der Zuwachs der Produktion und der Produktivität leicht gemessen werden. Falls aber nicht mehr, sondern schnellere Computer gebaut werden, steigt die Produktion und Produktivität zwar ebenfalls. Der Anstieg ist aber schwerer zu erfassen. Auch die Qualität der Arbeit wird verschiedentlich als bedeutsame Ursache für das rückläufige Produktivitätswachstum gesehen. So gehen einige Ökonomen davon aus, dass sich der generelle Ausbildungsstand in der Vergangenheit weniger stark verbesserte, als es zuvor der Fall war. Andere Ökonomen heben als Grund für die Wachstumsverlangsamung hervor, dass den Industrieländern allmählich die neuen Ideen ausgehen, als Quelle für produktivitätssteigernde Innovationen.

Angesichts der hohen Bedeutung, die der Produktivität langfristig für die Sicherung des Wohlstandes zukommt, hat der Rat der Europäischen Union (EU) im Jahr 2016 den EU-Mitgliedsstaaten die Einrichtung nationaler Produktivitätsausschüsse empfohlen. In Deutschland wurde von der Bundesregierung der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) mit dieser Aufgabe betraut. Im Rahmen dessen legte der SVR 2019 erstmalig einen Produktivitätsbericht vor, der Analysen zu den langfristigen Antriebsfaktoren und Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung liefert. Auf diesen Bericht sollen künftig jährlich neue Berichte folgen.

Als einen wichtigen Grund für die schwache Produktivitätsentwicklung in Deutschland sieht der SVR Verzögerungen beim Aufgreifen neuer Technologien. Darüber hinaus sei die Gründungsdynamik hierzulande rückläufig, was aus der im internationalen Vergleich hohen Produkt- und Arbeitsmarktregulierung resultieren könne. Als weiteren Grund für das niedrige Produktivitätswachstum nennen die SVR-Fachleute die Alterung der Gesellschaft, die allgemein zu Anpassungsproblemen an neue Technologien und zu einer nachlassenden Innovationskraft führe.

Abnehmender Wettbewerbsdruck als weitere Ursache

Die Diskussion über die Ursachen der abnehmenden Produktivitätszuwächse wird in jüngeren Analysen zuweilen um einen weiteren Aspekt ergänzt: die Margenzunahme einiger Unternehmen, die mit einer nachlassenden Wettbewerbsintensität und einer schwächeren Produktivitätsentwicklung einhergehen kann. Nach einer jüngst, im Sommer 2020, veröffentlichten Studie des Präsidenten des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Vorsitzenden der Monopolkommission Achim Wambach sowie des Hamburger Ökonomen John P. Weche besteht in der Fachliteratur weitgehend Einigkeit darüber, dass sich die Unternehmenskonzentration in den Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahrzehnten deutlich erhöht hat. Auch hat die Höhe der Gewinnmargen, die sich als Preisaufschlag auf die ökonomischen Kosten der Unternehmen ergeben, in den Vereinigten Staaten merklich zugenommen. Bezüglich der Ursache dieser Entwicklung besteht in der Literatur bislang allerdings kein Konsens. Einige Autoren verweisen auf die Zunahme immaterieller Vermögenswerte und die Digitalisierung der Wirtschaft, welche das Aufkommen branchendominierender „Superstar“-Unternehmen wie Google, Apple und Amazon befördern. Andere Autoren sehen die Ursache der Margenzunahme vor allem in Vollzugsdefiziten der Wettbewerbsbehörden.

Auch über die Konsequenzen dieser Entwicklung herrscht noch keine Einigkeit. Für viele Forscher ist die zunehmende Marktmacht eine Ursache für das verlangsamte Produktivitätswachstum und darüber hinaus auch für die schrumpfende gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit. Bei zunehmender Marktmacht einzelner Unternehmen kann nämlich deren Bereitschaft abnehmen, in Innovationen zu investieren, um einen künftigen Wettbewerbsvorteil zu erlangen. Zudem kann durch die dominierende Stellung dieser Unternehmen der Marktzugang für produktivere und innovativere Unternehmen erschwert werden. In der Folge können die Gründungsaktivitäten sowie die Anzahl schnell wachsender junger Unternehmen zurückgehen.

Einige dieser Ergebnisse dürften sich auf Europa und Deutschland übertragen lassen. Hierzu liegen bereits mehrere Studien vor, die allerdings noch kein einheitliches Bild wiedergeben. Beispielsweise hat die Deutsche Bundesbank in einer 2017 veröffentlichten Analyse zwar noch keine Anzeichen für eine breit angelegte Veränderung der Unternehmenskonzentration im Durchschnitt ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten gefunden. Für das Verarbeitende Gewerbe Deutschlands und Frankreichs wurden aber deutlich zunehmende Marktkonzentrationen ermittelt. Auch der OECD-Ökonom Matje Bajgar und seine Kollegen kamen in einer 2019 publizierten Studie zu dem Ergebnis, dass in Europa Konzentrationstendenzen zu verzeichnen sind. Demnach ist die Unternehmenskonzentration in Europa im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2014 gestiegen, wenn auch in deutlich moderaterem Umfang als in Nordamerika (siehe Abb. 2). Als Konzentrationsmaß verwenden die Autoren unter anderem die durchschnittlichen Umsatzanteile der jeweils größten acht Unternehmen von verschiedenen Branchen. Demnach lag der ungewichtete („no weighting“) Umsatzanteil im betrachteten Branchenmittel in Europa 2014 um

etwa 4 Prozentpunkte über dem Ausgangswert des Jahres 2000; in Nordamerika aber um rund 8 Prozentpunkte. Wird die unterschiedliche Bedeutung der einbezogenen Branchen für die Gesamtwirtschaft berücksichtigt („weighted by industrie sales“), gelangt man zu ähnlichen Größenordnungen. Als möglicher Grund für den abweichenden Befund dies- und jenseits des Atlantiks wird verschiedentlich auf den europäischen Integrationsprozess verwiesen, der den durch die Globalisierung entstandenen allgemeinen Wettbewerbsdruck in Europa noch verstärkte und damit die dortige Margen- und Konzentrationsentwicklung dämpfte.

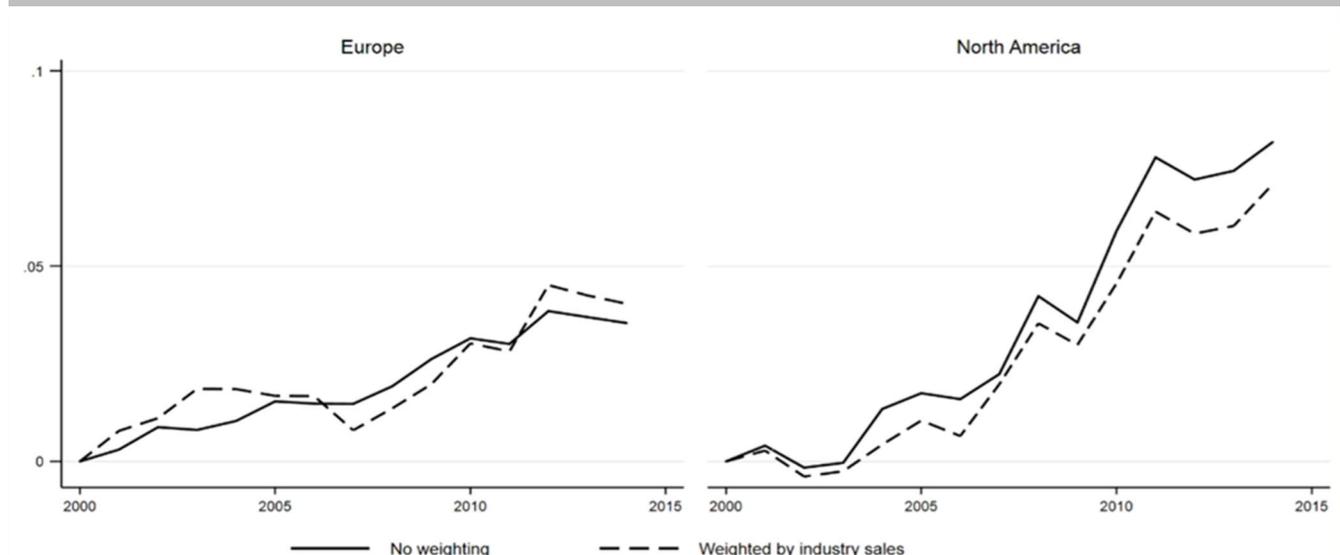
Wettbewerbspolitik sollte zur Wohlfahrtssicherung gestärkt werden

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass in der zunehmenden Marktmacht einzelner Unternehmen ein wichtiger Grund für die in vielen Staaten rückläufige Produktivitätsentwicklung liegen dürfte. Anhaltspunkte, die für eine stärkere Konzentration sprechen, gibt es besonders in Hinblick auf die Vereinigten Staaten, in abgeschwächter Form aber auch für Europa. Wenn die

Steigende Unternehmenskonzentration in Europa und Nordamerika

Veränderungen gegenüber dem Ausgangsjahr 2000

Abb. 2



Anmerkung: Dargestellt sind die durchschnittlichen (nach Umsatzanteilen der Branche gewichteten) Veränderungen von Umsatzanteilen der acht größten Unternehmen von verschiedenen Branchen; für Europa wurden folgende Länder berücksichtigt: BE, DE, DK, EE, ES, FI, FR, GB, GR, HU, IE, IT, LV, NL, NO, PL, PT, SI und SE, für Nordamerika: CA und US

Quelle: Bajgar et al. (2019)

Wettbewerbsintensität weiter merklich zurückgehen sollte, wäre bei einer dann möglicherweise erneut abnehmenden Produktivitätsdynamik das langfristige Wachstum der Pro-Kopf-Produktion gefährdet. Die seit Jahrzehnten gewohnte Zunahme des materiellen Wohlstands würde dann möglicherweise zum Stillstand kommen. Das Ende des Wachstums wiederum könnte zu verstärkten Verteilungskonflikten führen.

Welche Konsequenzen sind hieraus für die Wirtschaftspolitik zu ziehen? Zum einen sind die mit der Wettbewerbspolitik betrauten Behörden weltweit gefordert, wachsam zu bleiben und gegebenenfalls Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs zu ergreifen. Es ist daher richtig und nachvollziehbar, dass in den Vereinigten Staaten der dortige Wirtschaftssachverständigenrat („Council of Economic Advisers“) bereits 2016 den amerikanischen Präsidenten auf die Problematik des Anstiegs der Unternehmenskonzentration hingewiesen hat und einen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf attestierte. Der hiesige Wirtschaftssachverständigenrat SVR hat in seinem bereits erwähnten Produktivitätsbericht 2019 ebenfalls auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus einer höheren Marktkonzentration ergeben können. In ihrem Fazit plädieren die SVR-Ökonomen daher unter anderem auch für eine Stärkung der europäischen Wettbewerbspolitik, mit Fokus auf einheitliche europäische Regulierung und niedrige Eintrittsbarrieren.

Angesichts der dominanten Marktstellung, die einige international tätige Digitalunternehmen (BigTechs) in bestimmten Bereichen aufweisen, ist die Forderung des SVR nach einer stärkeren europäischen Wettbewerbspolitik zu unterstützen. Die Marktmacht dieser Unternehmen beruht nicht zuletzt auf der kapitalintensiven Schaffung und der anschließenden Nutzung von Plattformen, die – wenn sie bezüglich der Nutzerzahl eine gewisse Größe überschritten haben – die Innovation und Entwicklung neuer Angebote behindern. Ein Beispiel hierfür liefert der Onlinehandel. So konnte der Handelskonzern Amazon im Zuge der Coronakrise seine Marktposition wohl weiter ausbauen, offenbar auch durch die Behinderungen von Wettbewerbern. Medienberichten zufolge prüft das Bundeskartellamt derzeit in einem Verfahren, ob die

Entscheidung Amazons vom Frühjahr 2020, Waren des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel, Hygieneprodukte, Baby- und Haustierartikel bevorzugt in die Lager aufzunehmen und in die Preisgestaltung der eigentlich unabhängigen Dritthändler auf seinem Marktplatz einzugreifen, rechtens war. Ein weiteres Beispiel liefert der Bereich Zahlungsverkehr. Das Bezahlen mit mobilen Endgeräten und damit einhergehend die Nutzung der sogenannten NFC-Schnittstelle ist in der Hoheit von Technologiekonzernen wie Apple. Der Technologiekonzern hatte in der Vergangenheit aber gegenüber anderen Unternehmen die Nutzung seiner Schnittstelle für die Bezahlung an der Kasse mit Banken-Apps verweigert, um die Nutzung seiner eigenen Lösung Apple-Pay zu erzwingen. Zu Jahresbeginn 2020 ist nun in Deutschland eine rechtliche Änderung des einschlägigen Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes (§ 58a) in Kraft getreten, wonach solche Systemunternehmen gezwungen werden, diese Schnittstelle zu öffnen. Hierdurch können beispielsweise Banken und Sparkassen an das jeweilige Systemunternehmen herantreten und die Öffnung verlangen.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Marktmacht von BigTechs ist auch zu begrüßen, dass eine Novelle des deutschen Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geplant ist, die auf ein fokussiertes, proaktives und digitales Wettbewerbsrecht abzielt. Grundsätzlich sind wegen der Skalen- und Netzwerkeffekte von BigTechs aber nicht nur nationale, sondern europäische Lösungen gefragt. Um die Eintrittsbarrieren neuer Anbieter zu vermindern, sollten für beherrschende Plattformen – unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Erfahrungen – verschärfte Verpflichtungen zur Zusammenarbeit und zum Datenaustausch vorgesehen werden (diskriminierungsfreier Zugang, angemessene Entgelte, Interoperabilitäts- und Portabilitätsverpflichtungen). Dies könnte auf Grundlage der von der Monopolkommission jüngst, in ihrem im Juli 2020 veröffentlichten Hauptgutachten, vorgeschlagen neu zu erlassenden Plattformverordnung erreicht werden. Es wäre auch wünschenswert, wenn der mit dem veränderten deutschen Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (§ 58a) gewählte Ansatz europäisches Recht werden würde. ■



Inflationsaussichten steigen auf niedrigem Niveau etwas an

Konjunkturerholung lässt Inflationsaussichten steigen

Der BVR-Indikator für die Inflationsaussichten erhöhte sich im September auf niedrigem Niveau leicht von 29 auf 30 Punkte. Seit der Einführung des Euro 1999 liegt der Indikator im Durchschnitt bei 50 Punkten. Seinen tiefsten Stand erreichte er im Mai dieses Jahres mit knapp 26 Punkten, den höchsten Stand hatte er im Oktober 2000 mit 72 Punkten.

Die Konjunktur im Euroraum erholt sich weiter, ist aber noch weit von der Normalität entfernt. Dies spiegelt sich auch in der Konjunkturkomponente der BVR Inflationsaussichten wider. Der Teilindikator erhöhte sich im September erneut leicht, zeigt aber mit 24 Punkten einen geringen Preisauftrieb an. Berücksichtigt wird die Entwicklung des Wirtschaftsklimas, die Kapazitätsauslastung sowie Industrieproduktion und der Auftragszugang.

Niedrige Energiepreise und Euro-Aufwertung drücken Preisauftrieb

Auch von den Kostenindikatoren geht mit einem Indexstand von 29 Punkten derzeit nur ein geringer Preisauftrieb aus. Die Energiepreise sind niedrig, die

Euro-Aufwertung wirkt einem Anstieg der Verbraucherpreise entgegen und die Lohnstückkosten erhöhen sich nur moderat. So liegt der vom Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWi) berechnete Energie-rohstoffindex aktuell gut ein Drittel niedriger als zum Jahresbeginn und verringert den Preisauftrieb. Der Euro notiert im Vergleich zu einem breiten Kreis von Handelspartnern auf dem höchsten Stand seit mehr als zehn Jahren. Seit Jahresbeginn hat er sehr deutlich um 7 % aufgewertet

Kreditwachstum überdurchschnittlich

Überdurchschnittlich entwickelt sich unter den Teilindikatoren der Inflationserwartungen lediglich das Kreditwachstum mit einem Indexstand von 56 Punkten. Das Kreditwachstum an den privaten Sektor im Euroraum expandierte nach den jüngsten Angaben für den Juli um solide 4,7 %. Dies spiegelt insbesondere die Erhöhte Liquiditätsnachfrage der Unternehmen infolge der Coronapandemie wider, während das Kreditwachstum bei den Privathaushalten recht stabil verläuft. ■

BVR Inflationsaussichten
in Punkten, Euroraum



	Jul. 20	Aug. 20	Sep. 20
BVR Inflationsaussichten	27	29	30
Konjunktur (50 %)	20	23	24
Preise/Kosten (40 %)	31	30	29
Kreditdynamik (10 %)	50	53	56

Die BVR Inflationsaussichten sind ein Indikator für die mittelfristige Inflationsentwicklung im Euroraum mit Werten zwischen null und 100. Der Indikatorwert von 50 ist mit dem Erreichen des impliziten Inflationsziels der EZB von „unter, aber nahe von 2 %“ verbunden. Geringere (höhere) Werte signalisieren eine geringere (höhere) mittelfristige Inflationstendenz. Die Konjunkturkomponente enthält die Industrieproduktion, den Auftragseingang, das Wirtschaftsklima und die Kapazitätsauslastung im Euroraum. Die Komponente für Preise/Kosten beinhaltet den HWWI-Energiepreisindex, die Lohnstückkosten und den handelsgewichteten Euro-Wechselkurs. Die Kreditdynamik wird anhand der Jahreswachstumsrate der Kredite an Unternehmen und Privathaushalte gemessen.

Quelle: BVR, Refinitiv Datastream

Konjunktur: Belebung zeichnet sich ab

Barometer noch immer sehr niedrig

Nach derzeitigem Datenstand verharrt das BVR Konjunkturbarometer im September mit 18 Punkten weiterhin auf dem sehr niedrigen Stand der Vormonate. Allerdings könnte der Barometerwert zum Monatsende nachträglich nach oben korrigiert werden, wenn neue Daten zum ifo Geschäftsklimaindex vorliegen. So ist durchaus denkbar, dass der ifo Geschäftsklimaindex im September – erstmals seit März 2018 – wieder über seinen Vorjahresmonatsstand steigen wird und damit das BVR Konjunkturbarometer ebenfalls nach oben treibt. Hierdurch würden die Signale zunehmen, die – nach dem außerordentlich starken Einbruch während des virusbedingten Lockdowns – für das 2. Halbjahr eine gesamtwirtschaftliche Erholung erwarten lassen.

Aufhellung der Stimmungsindikatoren hält an

Die in die Berechnung des Barometers einbezogenen Stimmungsindikatoren haben sich zuletzt weiter von ihren massiven Rückgängen vom Frühjahr erholt. Unternehmen, Finanzmarktfachleute und Verbraucher schätzen die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands generell weniger schlecht ein als während der „heißen

Phase“ der Coronakrise. Mit Ausnahme der ZEW-Konjunkturerwartungen befinden sich die Indikatoren aber nach wie vor unter ihren Vorjahreswerten.

Aufwärtsgerichtete Industrie-/Exportindikatoren

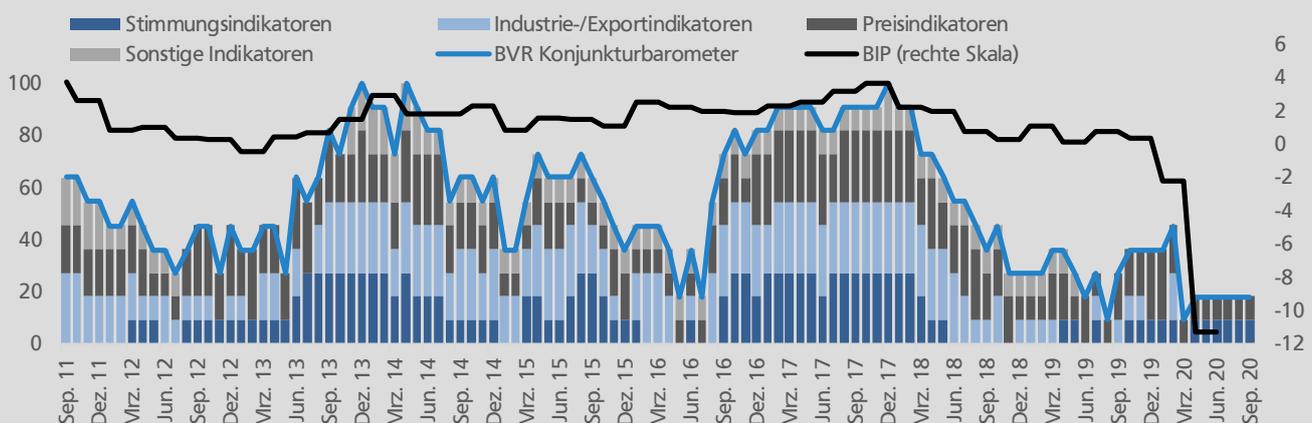
Auch bei den amtlichen Indikatoren zur Industriekonjunktur und den Ausfuhren setzte sich die Erholung vom Einbruch fort. Der Anstieg der monatlichen Verkaufsraten fiel jüngst, im Juli, aber weniger deutlich aus als im Juni und Mai. Die betrachteten Industrie-/Exportindikatoren befinden sich nach wie vor merklich unter ihren Vorjahresständen, sodass von ihnen weiterhin keine Steigerungswirkung auf das BVR Konjunkturbarometer ausgeht.

Weiter zunehmende Aktienkurse

Getrieben von der Hoffnung auf medizinische Lösungen im Kampf gegen das Coronavirus und eine baldige Erholung der Weltkonjunktur legte der DAX zuletzt abermals zu. Der DAX befindet sich damit weiterhin über seinen Vorjahresstand, im Gegensatz zu den anderen nicht genannten Indikatoren, welche in die Berechnung des Barometers einfließen. ■

BVR Konjunkturbarometer

in Prozent, Veränderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten BIP zum Vorjahr



Das BVR Konjunkturbarometer ist ein Indikator für die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands und kann Werte zwischen null und 100 annehmen. Es verdichtet die Signale von 3 Stimmungskindikatoren (ifo Geschäftsklima, ZEW-Konjunkturerwartungen, Verbrauchervertrauen), 3 Industrie-/Exportindikatoren (Industrieproduktion, Industrie-/Auftragsingang, Ausfuhren), 3 Preisindikatoren (Verbraucherpreisindex, Rohölpreis, DAX) und 2 sonstige Indikatoren (Geldmarktzins, Offene Stellen). Als Diffusionsindex misst das BVR Konjunkturbarometer den prozentualen Anteil der Indikatoren an allen 11 einbezogenen Indikatoren, die gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen sind. Liegen für einen Indikator aktuell noch keine Werte vor, wird das Signal des Vormonats verwendet.

Quelle: BVR, Refinitiv Datastream